

# Dresdner Volkszeitung

Hauptredaktion: Dresden  
Sabat & Comp., Nr. 1268

Organ für das werktätige Volk

Verlag: Gebr. Henrich, Dresden  
und Sachse, Chemnitz

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Dresden

Bezugskosten einschließlich Postgebühren mit den wöchentlichen Beilagen  
"Nach der Arbeit" und "Volk und Zeit" für einen halben Monat 1 M.  
Einzelnummer 10 Pf.

Schriftleitung: Wettinerplatz 10, Fernsprecher Nr. 25 261, Sprech-  
stunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr.  
Geschäftsstelle: Wettinerplatz 10, Fernsprecher Nr. 25 261 und 12 707.  
Geschäftszeit von früh 7 Uhr bis 6 Uhr nachmittags.

Anzeigenpreis. Grundpreise: die 20 mm breite Kopfzeile  
30 Pf., die 90 mm breite Kopfzeile 1,50 M., für auswärtige An-  
zeigen 35 Pf. und 2 M. Familienanzeigen, Stellen- und Mietange-  
bote 40 Pf. Rabatt für Beilagenlieferung 10 Pf.

Nr. 192

Dresden, Donnerstag den 19. August 1926

37. Jahrg.

## Die Kontrolle der Mandatsgebiete

Von unsem Genfer H-Korrespondenten

Die Verwaltung der früheren deutschen Kolonien und der arabischen Provinzen der Türkei ist nach Beendigung des Krieges einigigen Siegerstaaten übertragen worden. Ihre Aufgabe ist in gewissem Sinne, eine Vormundschaftsberichterstattung über die Verwaltung der Mandatsgebiete einzuführen, zu deren Prüfung eine Mandatskommission eingesetzt ist. Sie tagt seit ihrer letzten Tagung (8. bis 25. Juni) hat die Mandatskommission die Verwaltungsberichte folgender Gebiete geprüft: Palästina und Transjordan (Mandatsmacht: Großbritannien), Französisch-Kamerun und Französisch-Togo, Ruanda-Urundi (Belgien), Tanganika (Deutsch-Ostafrika, Südwestafrika (Südwestafrikanische Union), Kaura und Neu-Guinea (Australien).

Die "Bemerkungen" zu diesen Berichten beziehen sich hauptsächlich auf die Finanzlage, die Arbeitsbedingungen, das Erziehungs- und die Gesundheitswesen. Die Finanzlage scheint in den von Frankreich verwalteten Gebieten am besten zu sein. Weniger gut scheint die Finanzverwaltung in den unter britischer "Vormundschaft" stehenden Gebieten zu sein. Selbst in Palästina werden umfangreiche und überflüssige Ausgaben für die Verwaltung der Gebiete in Frage gestellt. In Kamerun wird um die Rückkehr der dortigen Bevölkerung zur Landwirtschaft und über die militärischen Verwaltungsperiode berichtet, welche Anleihen aufgenommen und zu welchen Bedingungen sie abgeschlossen wurden.

Weitere Mitteilungen über die Arbeitsverhältnisse und die dazu getroffenen gesetzlichen bzw. verwaltungsmäßigen Maßnahmen werden insbesondere aus Kamerun gemeldet. Aus Kamerun und Togo möchte man erfahren, zu welchen Löhnen und Bedingungen die an den Mandatsgebieten beschäftigten Arbeiter tätig sind, welche Kontrolle über die eingeborenen Arbeiter und Wanderarbeiter besteht, insbesondere auch in den Plantagen der Eingeborenenhäuptlinge, und welchen Plantagenbesitz

sie haben. Der Wunsch nach einer Statistik über die Wirtschaftslage der Mandatsgebiete ist in der Mandatskommission nicht erfüllt worden. Aus Südwestafrika wird mit Genehmigung davon Kenntnis genommen, daß die Mandatsverwaltung gewisse sanitäre Verbesserungen erzielt wurden.

Einen peinlichen Eindruck macht die Feststellung, daß in sämtlichen afrikanischen Mandatsgebieten die Einführung von alkoholischen Getränken in beträchtlicher Zahl gestattet ist, obwohl der Alkoholgenuss stark bekämpft werden soll. In bezug auf die Einführung des Erziehungswesens, die Ausbildung von eingeborenen Lehrkräften usw. sowie zur Verbesserung der Hygiene durch Vermehrung der Ärzte und Ausbildung von eingeborenem Sanitätspersonal wird in allen Gebieten mehr oder weniger getan. Die Kommission sprach darüber ihre Befriedigung aus, ersuchte aber gleichzeitig um eine ganze Reihe von Auskünften über Verordnungen und Statistiken usw.

Eine prinzipielle Bedeutung kommt einer Frage zu, die an die Verwaltung von Südwestafrika gerichtet wurde. In ihr wird von den im Namaland tätigen Missionaren eine schriftliche Erklärung verlangt, nach der sie die Politik der südafrikanischen Verwaltung unterstützen und an ihr mitarbeiten sowie die Eingeborenen anhalten sollen, innerhalb des Mandatsgebiets Arbeiter zu suchen. Dem steht entgegen, daß laut den Mandatsverträgen, die religiöse Freiheit unantastbar bleibt, und es ist mindestens fraglich, ob die Missionaren dem grundlegenden Mandatsverträge nicht widersprechen.

Alle diese Bemerkungen der Mandatskommission, so hoffentlich und schnell sie auch in der Form sind, enthalten für die Mandatsmächte doch sehr unangenehme und unkomfortable Fragen, um deren Beantwortung sie nicht herumkommen. Aus ihnen ergibt sich aber vor allem auch der Unterschied zwischen den gewöhnlichen Kolonien und den Mandatsgebieten. Man kann unter diesen Umständen die Hoffnung nicht unterdrücken, daß sich mit der Zeit eine bedeutende Umgestaltung der gesamten kolonialen Wirtschaft ergibt, wie es die sozialistische Internationale von jeher angestrebt hat.

## Der deutsche Reichstag im Weltkrieg

H. F. Vaher sind drei Bände dieses umfassenden Werkes erschienen. Der jetzt herausgegebene achte vertritt den Verlauf des Reiches. Er enthält auf 388 Druckseiten ein "Gutachten" über die Rolle, die der Deutsche Reichstag während des Weltkrieges gespielt hat. Abgegeben von Professor Dr. Vredt, Mitglied des Reichstags, der vom 4. Unterausschuß mit dieser Aufgabe betraut war. Seinen drei akademischen Graden nach ist der Vorkämpfer ein sehr gelehrter Mann. Politisch steht er als Mitglied der Wirtschaftspartei rechts. Sein Gutachten macht den Eindruck der Objektivität; es ist naturgemäß in starkem Maße eine Aktenstudie. Der Wert des Werkes liegt in der zusammenfassenden, übersichtlichen Darstellung der in Betracht kommenden Ereignisse. Dabei wird den damaligen militärischen und zivilen Machtverhältnissen bittere Wahrheit gesagt, die bisher unausgesprochen blieb, aber nicht im Zusammenhang der Dinge gesagt, nicht in ihrer ganzen Bedeutung zu würdigen und zu erkennen war.

Von diesem Gesichtspunkte aus recht interessant ist, was der Verfasser in dem Abschnitt: Die äußere Politik über den Burgfrieden ausführt. — Der "Burgfrieden" wurde nicht nur für die Sozialdemokratische Partei verhängnisvoll, er lag auch wesentlich zu einer Verschärfung der Dinge und damit zu einem unnötigen, zerkleinernden "Durchhalten", d. h. zur Verlängerung des Krieges, beigetragen. Diesen Eindruck muß man aus den Feststellungen des Gutachtens gewinnen. Der Burgfrieden am Parlament aus, das sich selbst ausschaltete! Der ganze Reichstag verzichtete darauf auf eine Opposition. Dieser Zustand "beherrschte fast ganze drei Jahre die Lage Deutschlands". Zu der Ansicht kommt Herr Vredt auf Grund des Studiums der Vorgänge im Reichstage während der fraglichen Zeit. Das Stichwort zur Verführung des deutschen Volkes hatte die Reichsregierung am Schluß der Theoretiker geben lassen, die Wilhelm II. am 4. August 1914 vorzutrug: "Ich kenne keine Parteien mehr, nur noch Deutsche." Er fügte nach dem Stenogramm in freier Rede hinzu: "Das ganze deutsche Volk (zu den Sozialdemokraten), ist einzig bis auf den letzten Mann."

Der Gutachter stellt aber weiterhin fest, daß diese Erklärung seit von vornherein eine starke Selbsttäuschung, daß sie in Wirklichkeit gar nicht vorhanden war, daß man besonders den "Burgfriedenskrieg" — das war die Formel für den Burgfrieden — sehr verschieden in den bürgerlichen Parteien und von den Sozialdemokraten auffaßte. So hätte man schon zu der Erklärung der Sozialdemokratie am 4. August, zu deren Abgabe der Tag, Haase als Vorkämpfer der Fraktion und der Partei veranlaßt wurde, sagen müssen: "Wie ich sie auffasse" — die Landesverweigerung nämlich! Diese Erklärung forderte bekanntlich u. a. daß der Kriegsjahres in Sicherheit der Grenzen liege, und daß der Krieg zu beenden wäre, wenn dieses Ziel erreicht sei. Dem Reichstag-Vorstellung läßt erkennen, daß dieses Ziel niemals als das der bürgerlichen Parteien gesehen ist! Daß man Verfassungen spielte, einander vorbeizog. Daß eine derartige politische Methode verhängnisvoll werden mußte, kann der objektive Geschichtsforscher an der Hand der späteren Vorgänge leicht feststellen. Tausende glaubte man an eine schnelle Entscheidung, einen Krieg von kurzer Dauer.

Die Erklärungen, die dann zur Lage später wiederholt von den Bürgerlichen — die immer gemeinsam für auftraten — und von den Sozialdemokraten abgegeben wurden, unterscheiden sich nicht und noch im Standpunkt und in der Beurteilung immer mehr voneinander. Es wurden immer wieder jene Worte wiederholt, die zwei gegeneinanderstehende Weltanschauungen zum Ausdruck brachten. Das ist leider damals von keiner Seite offen ausgesprochen worden. Der innerlich faule Burgfrieden tauchte nichtbelebende Einheit der Auffassung vor! — Schon in der zweiten Sitzung des Reichstags am 2. Dezember 1914 wollte der Reichstagsler Bethmann-Hollweg sein "Versprechen" Belgien gegenüber, begangenes Unrecht gutzumachen, zurückzuziehen. Demgegenüber erklärte Daake, daß die sozialdemokratische Fraktion von dem am 4. August gegenüber Belgien und Luxemburg betonten Standpunkte nicht abgehen könne. Die Bürgerlichen ließen jedoch gütlich überhöhte Eroberungsabsichten erkennen! In ihrem Auftrage erklärte der Abgeordnete Spahn, man könne nur einem Frieden das Wort reden, aber den ungeheuren Opfer einbringen. Herr Vredt bemerkt dazu, daß dies etwas anderes bedeutete als die sozialistische Erklärung, daß die Spanische vielmehr "im starken Bewußtsein" dazu stehe. — Und noch immer, trotzdem, thron der Burgfrieden auch außen hin bestehen!

Die Bethmannsche Erklärung am 4. August gegenüber Belgien und Luxemburg: "Wir kennt kein Verbot. Aber wir wollen das Unrecht, was wir tun, wieder gutmachen", ist nach des Gutachtens Meinung "entscheidend für den Weltkrieg" geworden. Richtiger ist es wohl, zu sagen: Die Tatsache, daß jener Erklärung zugrunde lag, die Verleugnung der völkerrechtlichen Neutralität zweier Länder, war von entscheidender Bedeutung. Sie machte die ganze von dem "gewaltigen Feind" Herr Vredt sprach: "den die Erklärung auslöste. Er sagt jedoch nicht, welcher Art dieser "Verbot" ist.

\* Werk des Unterredungsbeauftragten, herausgegeben vom Reichstag, über Die Ursachen des deutschen Zusammenbruchs im Jahre 1918. Band 3, 420 Seiten.

## Amerikanischer Abrüstungsvorstoß

Staatssekretär Kellogg empfiehlt regionale Vereinbarungen

U. New York, 19. August. (Via Funk.)

Der amerikanische Staatssekretär des Außenwesens, Kellogg, hat gestern anlässlich einer Denkmalsfeier eine große Rede, in der er sich auch mit allgemeinen außerpolitischen Fragen beschäftigte, gehalten.

„Im gegenwärtigen Augenblick sind wir dabei, uns mit einem andern Wächter in vorbereitenden Verhandlungen darüber zu beschäftigen, welche Fragen zur Beschränkung aller Abrüstungsarten sich zur Verhandlung vor einer Abrüstungskonferenz eignen. Diese Vorbereitungen finden in Genf statt, und ich bin der Ansicht, daß der jetzige Zeitpunkt geeignet ist, ihnen darzutun, was wir während dieser Verhandlungen zu erreichen versucht haben. Unsere Vertreter haben vorgeschlagen, dem Hauptziel, nämlich dem Verzicht auf die Herstellung von Massenwaffen, das man erst einmal regionale Abkommen trifft. Dadurch würde von einem Staat wenigstens die Angst vor dem Angriff eines unmittelbaren Nachbarn beseitigt werden. In dem man auf diese Weise beschließen im Stillen anfängt, das man so zu mehr Aussicht, greifbare Ergebnisse zu erzielen, als alle Staaten darauf warten, bis ein Plan gefunden wird, der ganz allgemein anwendbar ist. — Wenn das überhaupt möglich sein sollte. Es ist nicht einzusehen, in welchem Zusammenhang die Ländergruppen im fernem Osten zu denen in Westeuropa, oder die in Europa zu denen in Nord- und Südamerika liegen. So scheint es eine natürliche Arbeit zu sein, eine Formel vorzuschlagen, die eine Verabminderung der Rüstung der ganzen Welt herbeiführen soll. Diese Arbeit wird dadurch noch erschwert, daß die Art der Verabminderung, die militärische Dienstzeit und die Art der Regierungskontrolle sich in jedem Lande unterscheiden. Wo wir aber eine Gruppe von Nationen haben, die gemeinsame Interessen haben und vielleicht auch gemeinsamen Gefahren ausgesetzt sind, dann beeinflussen meistens auch diese beiden gemeinsamen Faktoren die Stärke der Rüstung, die diese Länder im Frieden unterhalten, und eine gemeinsame Vereinbarung über die Beschränkung der Rüstungen kann von praktischem Wert sein. Wenn wir aber jede Tat in dieser Richtung so lange hinausschieben, bis die Verhandlungen überall in der Welt hierfür günstig geworden sind, dann können wir jede Hoffnung auf eine Beschränkung der Rüstungen für lange Zeit aufgeben.“

Kellogg kritisiert dann den bisherigen Stand der Abrüstung und wendet sich gegen die Methode gewisser Wächter, die Vorkämpfer und Vorkämpferinnen als Teile eines unternehmenshaften Verfahrens behandeln zu wollen. Er spricht in diesem Zusammenhang von einer unnötigen Komplizierung der Verhandlungen und weist demgegenüber auf die Verabminderung der Washingtoner Seetrüstungsabkommen, wo ganz bestimmte Einzelgebote geregelt werden, hin. Kellogg schließt: "Meiner Überzeugung nach ist die einseitige Abrüstung die Grundlage für die Sezessionsbewegung über

Einwanderung der Rüstungen die Berechnung der Seetrüstungen und der sich daraus ergebenden militärischen Mittelungen, Industrie und wirtschaftliche Entwicklung sind nicht unbeeinträchtigt, sondern nicht auf einen Punkt stehen, und keine Nation der Welt würde sich darauf einlassen, sich selbst Beschränkungen wirtschaftlicher oder industrieller Entwicklung im Frieden aufzuerlegen oder Industrie oder der Ausdehnung ihrer Erzeugnisse abhängig zu machen.“

## Giftgasproblem und Industrie

Genf, 18. August. (Via Draht.)

Der Völkerbund hat seinerzeit die sogenannte genössische Kommission beauftragt, die mit der Abrüstungsfrage zusammenhängenden wirtschaftlichen Probleme zu prüfen. Die genössische Kommission hat einen Unterausschuß eingesetzt und ihn mit der Prüfung folgender Fragen beauftragt: „Können die chemischen und Farbenfabriken schnell zur Herstellung von Giftgasen umgewandelt werden, und welche Zeit ist in diesem Falle zur Umwandlung erforderlich? Können Verhältnisse gemacht werden, um die Verwendung der chemischen Fabriken zur Herstellung von Giftgasen zu verhindern?“

Die zweite Frage betrifft die Prüfung der wirtschaftlichen Folgen, die die Aufnahme eines Verbots der chemischen Industrie in ein Abrüstungsabkommen haben würde. Der Unterausschuß ist heute mit dem Generaldirektor der Eisenbahnen, Schwab, weiter gebildet worden. Der Generaldirektor des französischen Eisenbahnverkehrs, Joubert, der Sekretär des internationalen Eisenbahnverkehrs, Vanel, und der Leiter des internationalen Eisenbahnverkehrs, Vanel, sind unter den dem Unterausschuß beigeordneten Sachverständigen befindet sich als deutscher Vertreter Professor Just, Berlin.

## Verhandlungen im Bergarbeiterstreit

D. London, 19. August. (Via Funk.)

Die englischen Regierungskreise sind überzeugt, weil die Ergebnisse der Bergarbeiter sind, ohne Verbindung in Verbindung gezeichnet hat. Die erste Zusammenkunft findet heute nachmittags statt. Der Optimismus der Abendblätter, die an eine rasche Lösung glauben, erscheint nicht gerechtfertigt, da die Unterhändler auf ihre bisherigen Forderungen der acht Stunden und distriktsweisen Regelung noch nicht verzichtet haben.